

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
162 · Ausgabe CH · Mai 2016
AZB 3001 Bern



**UNTERSCHRIFTENKARTE
IN DER HEFTMITTE**

WER STECKT MILLIONEN IN DIESE PLAKAT- KAMPAGNE?

Jetzt unterschreiben!

Willst du wissen, wer Millionen in Wahl- und Abstimmungskampagnen steckt?
Dann unterschreibe jetzt unsere Transparenz-Initiative.

ABSTIMMUNGEN

Einmal Ja, dreimal Nein und eine Stimmfreigabe:
Das sind unsere Abstimmungsparolen für den 5. Juni.
Seiten 4 bis 6

KONFERENZ

Am 21. Mai bietet sich die Gelegenheit, mit Persönlichkeiten
der SP Europa über eine gesamteuropäische Migrationspolitik
zu diskutieren. Seiten 16 und 17

Wir wollen mehr Tra

DIE SCHWEIZ IST DAS EINZIGE LAND EUROPAS, DAS DIE FINANZIERUNG VON PARTEIEN UND ANDEREN WICHTIGEN POLITISCHEN AKTEUREN NICHT REGELT. DIE TRANSPARENZ-INITIATIVE ÄNDERT DAS.



nsparenz!

Wahl- und Abstimmungskampagnen werden auch bei uns immer teurer. Oft kann die Bürgerin oder der Bürger aber nur spekulieren, wer hinter den Kampagnen steckt und wie stark der finanzielle Einsatz von Unternehmen, Lobbys und wohlhabenden Einzelpersonen tatsächlich ist. Die SP hat darum zusammen mit anderen Parteien und Organisationen die Initiative für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung lanciert.

Transparenz stärkt unsere direkte Demokratie

In keinem anderen Land können die Bürgerinnen und Bürger so häufig abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Darauf sind wir zu Recht stolz. In die Wahl- und Abstimmungskämpfe bringen sich neben Parteien auch Verbände und Unternehmen ein. Sind sie von einer Vorlage betroffen, unterstützen oder bekämpfen sie diese – oft mit viel Geld. Entscheidend ist, dass mit offenen Karten gespielt wird: Es geht nicht darum, Spenden zu verbieten. Aber wir wollen Klarheit, wer wie viel bezahlt.

Transparenz fördert den Meinungsbildungsprozess

Oft reicht es leider nicht, einfach gute Argumente zu haben. Erst bezahlte Werbung in Zeitungen, auf Plakaten oder im Internet verhilft zu Sichtbarkeit. In den letzten Jahren hat darum auch die Bedeutung von Geld massiv zugenommen, in vielen Fällen stecken heute gewisse Gruppierungen Millionen in politische Kampagnen. Bürgerinnen und Bürger, die sich eine Meinung bilden sollen, müssen wissen, was eine Wahl- oder Abstimmungskampagne kostet und welche grossen Geldgeber sie bezahlen.

www.transparenz-ja.ch

Transparenz schafft Vertrauen in die Politik

Indem sie ihre Bücher offenlegen, zeigen Parteien, Verbände und Organisationen, dass sie die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Sie geben ihnen die Möglichkeit, sich eine Meinung zu bilden. Dabei hilft auch das Wissen, wer welche Kampagne finanziert. Nur gut informiert können wir uns über politische Interessen der Geldgeber, finanzielle Verflechtungen und mögliche Abhängigkeiten ein Bild machen. Transparenz schafft Vertrauen in die Politik. Darauf ist unser System angewiesen.



«Mehr Transparenz in der Politikfinanzierung fördert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und stärkt unsere Demokratie.»

DARUM GEHT ES

Die Initiative verlangt, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen transparent machen müssen. Anonyme Grossspenden werden verboten. Parteien legen gegenüber der Bundeskanzlei ihre Rechnung und die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offen. Auch Personen und Komitees, die in einer Kampagne mehr als 100 000 Franken einsetzen, sind verpflichtet, Grossspenden zu deklarieren. Die entsprechenden Angaben werden vor der Wahl respektive der Abstimmung publik gemacht.

**STAND
PUNKT**



EIN SAUBERES SPIEL

«Und was hat das jetzt genau mit mir zu tun?», fragte mich meine Bekannte, als ich ihr beim Feierabendbier über die Transparenzinitiative berichtete. Zugegeben: Ich geriet ein bisschen aus dem Konzept. Die nüchterne Frage kollidierte mit meiner Begeisterung wie ein fremder Stern. Aber doch, sie ist berechtigt. Was hat die Transparenzinitiative mit dem Alltag der Menschen zu tun? Welche Auswirkungen hat sie auf ihr Portemonnaie, ihre Chancen auf einen guten Job, den Vaterschaftsurlaub, einen Krippenplatz oder eine Wohnung? Hat sie überhaupt einen? Gäbe es nicht Dringenderes, Wichtigeres?

Dringenderes: ja, vielleicht. Wichtigeres: kaum. Mit der Transparenzinitiative verhält es sich wie mit der Politik im Allgemeinen. Diese ist zwar nicht immer gleich präsent, aber sie ist immer und sie ist überall. Im Bundeshaus und auf der Strasse. Politik ist der Weg zur Arbeit und die Arbeit selber. Sie ist die Freizeit; ob ich sie in der Bar oder auf dem Velo verbringe. Es gibt keine Nicht-Politik und deshalb sollte man sorgsam mit ihr umgehen. Nimmt man ihr das Element der Mitsprache, wird sie zur Diktatur. Wenn die Spielregeln ungleich sind, wird sie korrupt oder feudalistisch. Es gibt zwar meines Wissens keinen Begriff dafür, was passiert, wenn in der politischen Debatte wichtige Informationen fehlen, doch jedem Kind leuchtet ein, dass dann etwas nicht mehr stimmt.

«Information ist die Währung der Demokratie», sagte Thomas Jefferson, der dritte Präsident der Vereinigten Staaten. Darum geht es bei der Transparenzinitiative: um mehr, um bessere Informationen und damit um mehr und eine bessere Demokratie. Es geht darum, die Interessen, Absichten und Strategien auf den Tisch zu legen oder sie bleiben zu lassen, wenn man nicht dazu stehen will. Im Moment wird viel Politik in einem trüben Teich gemacht. Es sind nicht gezielte Desinformation oder gar Lügen, vielmehr ist es ein bisschen Unwahrheit hier und etwas Versteckspiel dort. Unsere Initiative will ein sauberes Spiel.

Zurück zur Frage meiner Freundin, denn eigentlich ist die Antwort ganz einfach: Die Initiative will einen Nährboden schaffen für gute Ideen wie den Vaterschaftsurlaub, genügend Jobs, Wohnungen oder Krippenplätze. Sie vergrössert die Chance, dass diese Projekte Alltag werden und nicht von der millionenschweren Gegenpropaganda der Bürgerlichen im Keim erstickt werden. Und im Übrigen möchte ich unsere Demokratie nicht erst vermissen müssen, um zu erfahren, wie sie unseren Alltag beeinflusst.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Verschärfungslogik dur

DIE VORLIEGENDE REVISION DES ASYLGESETZES IST KEINE LINKS-GRÜNE WUNSCHVORLAGE. INSGESAMT IST SIE ABER EIN FORTSCHRITT.



Die Bilder, die uns nun seit Monaten aus Idomeni, Mazedonien, Syrien, Calais oder Lampedusa erreichen, machen fassungslos. Wie kann der reichste Kontinent der Welt so hilflos auf eine solche menschliche Katastrophe reagieren? Wie kann es sein, dass Europa derart grotesk scheitert, wenn es darum geht, den Flüchtlingen einen menschenwürdigen Schutz zu bieten? Auch bei mir fressen sich Wut und Trauer durch die Magengegend. Wut auf unsere Regierungen, Wut auf unser kollektives Versagen. Verständlicher- und richtigerweise wird der Ruf von links nach einer Reform des europäischen Asylwesens und des Dublin-Abkommens immer lauter. Zu Recht kritisieren wir einmal mehr die sogenannten Reformen der letzten Jahre, etwa die Abschaffung des Botschaftsasyls. Nur dürfen wir einen Fehler nicht machen: Wir sollten diese Kritik nicht verwechseln mit dem, worüber wir am

5. Juni tatsächlich abstimmen. Wer daraus von links eine «symbolische Abstimmung» über die Grausamkeit der europäischen Asylpolitik machen will, macht einen gigantischen Fehler. Denn die Revision ist insgesamt ein Fortschritt.

Asylverfahren beschleunigen

Die vorliegende Revision des Asylgesetzes will im Kern vor allem eines: Die Asylverfahren beschleunigen. Dazu sollen in Zukunft ein Grossteil der Verfahren innerhalb von 100 respektive 140 Tagen (Dublin-Fälle) in einem der sechs neuen Bundeszentren durchgeführt und abgeschlossen werden. Handelt es sich um komplexere Fälle, werden diese an die Kantone zur weiteren Bearbeitung überwiesen (voraussichtlich rund 40 Prozent der Fälle). Es gibt eine Reihe wichtiger Gründe, warum die Delegiertenversammlung zu dieser Vorlage deutlich Ja gesagt hat (172:4 Stimmen).

Raubzug auf die Bundes

BAU, BETRIEB UND UNTERHALT DER STRASSEN SIND BESTENS AUSFINANZIERT. UM DIE GELDER AUCH LANGFRISTIG ZU SICHERN, WURDE EIN NEUER FONDS GESCHAFFEN, IN DEN JÄHRLICH ZUSÄTZLICH 700 MILLIONEN FRANKEN AUS DER BUNDESKASSE FLIESSEN SOLLEN. DER AUTOLOBBY REICHT DAS ABER NOCH NICHT – MIT DER MILCHKUH-INITIATIVE WILL SIE DEN JACKPOT.

Seit Jahren singt die Autolobby das Klagelied des angeblich finanziell gemolkenen Autofahrers. Tatsächlich fahren die Autofahrenden in der Schweiz aber preisgünstig. Seit über zwanzig Jahren sind die Abgaben für Autofahrende nicht mehr erhöht worden – nicht einmal die Teuerung wurde ausgeglichen. Autofahren ist also deutlich günstiger als noch vor zwanzig Jahren. Auch das Gejammer um die Zweckbindung ist vermessen: In allen anderen Ländern Westeuropas fließen Steuern aus dem Strassenverkehr vollumfänglich in den allgemeinen Staatshaushalt. Andere Steuern wie etwa die Alkoholsteuer «gehören» auch nicht jenen, die sie zahlen, und

werden weder für die Suchtprävention noch gegen das Beizensterben verwendet, sondern fliessen selbstverständlich in die allgemeine Bundeskasse.

Heute deckt die Spezialfinanzierung Strassenverkehr die Kosten für Infrastruktur und Betrieb des Nationalstrassennetzes. Diese Kasse konnte sogar hohe Rückstellungen bilden. Allerdings zahlen die Autofahrenden nur einen Teil an die Kosten für Kantons- und Gemeindestrassen. Und die Kosten für Unfälle, Lärmbelastung, Luftverschmutzung oder Klimaerwärmung sind gar gänzlich ungedeckt. Diese betragen jährlich rund 6,5 Milliarden Schweizer Franken.



Evi Allemann
Nationalrätin BE

Sparen im öffentlichen Verkehr ...

Die Milchkuh-Initiative ist eine gefährliche und dreiste Vorlage, weil sie unser exzellentes Verkehrssystem und die bewährte Finanzierung aufs Spiel setzt. Würde die Milchkuh-Initiative angenommen, müssten im öffentlichen Verkehr ab sofort rund 190 Millionen Franken pro Jahr eingespart werden. Das würde beschlossene Bahnausbauten verzögern und beim regionalen Personenverkehr vor allem im ländlichen Raum einschneidende Sparmassnahmen auslösen. Andererseits wären weitere Erhöhungen der öV-Preise absehbar, um die Finanzierungslücke zu schliessen. Das schadet nicht zuletzt auch den

chbrechen

JA

Alles unter einem Dach

Damit die Beschleunigung klappt, findet neu alles unter einem Dach statt. Rechtsberatung und -vertretung werden in die Bundeszentren integriert. Die Asylsuchenden erhalten eine Rechtsvertretung von Beginn weg, die sich bereits zu den Entscheidentwürfen des Staatssekretariates für Migration äussern kann. Das ist neu und ein entscheidender Fortschritt. Das bestätigen die Evaluation im Testzentrum und ein Besuch vor Ort. Die Qualität der Stellungnahmen der Rechtsvertreter ist praktisch durchs Band besser als im alten System, die Fehler nehmen ab. Entgegen den Befürchtungen von links erweisen sich die neuen, tatsächlich sehr kurzen Fristen gerade wegen der Professionalisierung als machbar. Tatsächlich sind die Asylsuchenden im neuen System deutlich besser über ihre Rechte und den Asylprozess informiert. Die Entscheide stossen auf mehr Akzeptanz, die Zahl der Beschwerden hat im Testbetrieb signifikant abgenommen.



Cédric Wermuth
Nationalrat AG

Recht auf Arbeit für Asylsuchende

Wer glaubt, diese Beschleunigung sei nur dazu da, um möglichst schnell möglichst viele Asylgesuche abzulehnen, und bringe den Flüchtlingen gar nichts, irrt. Vor dem Amtsantritt von Justizministerin Simonetta Sommaruga dauerten die Asylverfahren im Schnitt 413 Tage, bei Rekursen sogar 756 Tage – eine Zeit der Qual und Unsicherheit für die Betroffenen. Und vor allem: Je länger die Verfahren dauern, je länger die Ungewissheit dauert, desto schwieriger gestaltet sich die Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt. Die Beschleunigung ist gerade vor dem Szenario womöglich ansteigender Asylgesuchszahlen für Menschen mit einem absehbar positiven Entscheid ein wichtiger Fortschritt. Nicht nur verkürzt sich die Verfahrensdauer, das Gesetz sieht erstmals auch ein Recht auf Arbeit für Asylsuchende vor. Sobald sie das Bundeszentrum verlassen, endet das Arbeitsverbot – heute gilt dieses für mindestens drei Monate absolut.

Ausserordentliche Chance nutzen

Die vorliegende Revision ist keine links-grüne Wunschvorlage. Aber einen entscheidenden Punkt gilt es zu bedenken: Die Vorlage wurde noch vor dem 18. Oktober verabschiedet, also in der alten Zusammensetzung des Parlaments. Die damaligen Mehrheiten sind heute nicht mehr denkbar. Bei einem Nein würde die gleiche Vorlage nochmals aufgenommen – allerdings ohne kostenlose Rechtsvertretung. Auch wird das Botschaftsasyl bei einem Nein nicht automatisch wieder eingeführt. Die so genannten dringlichen Massnahmen sind bis 2019 gültig – genug Zeit für die rechte Mehrheit, sie ins ordentliche Recht zu überführen.

Wir haben die seltene Chance, erstmals in einer breiten Koalition mit CVP und FDP, aber auch mit der Flüchtlingshilfe oder Amnesty International die reine Verschärfungslogik zu durchbrechen. Die SVP tritt als einzige Partei gegen das Gesetz an. Ein Nein würde einzig dieser Position Aufwind verleihen.

kasse

NEIN

Autofahrenden, denn es wäre zu befürchten, dass wieder mehr Menschen mit dem Auto statt mit dem öV unterwegs wären.

... und beim Velo- und Fussverkehr

Keine Verbesserung brächte die Milchkuh-Initiative auch für Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger. Denn während der neue Strassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF, der sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung befindet, die Finanzierung der erfolgreichen Agglomerationsprogramme unbefristet weiterführt, um auch in Zukunft in den Städten und Agglomerationen eine koordinierte, verkehrsträgerübergreifende Politik zu garantieren, sieht die Milchkuh-Initiative keine Weiterführung dieser Programme vor. Wichtige Projekte zugunsten des Fuss- und Velover-

kehrs sowie Tram- und Busprojekte würden auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Exzellentes Verkehrssystem akut gefährdet

Die Schweiz verfügt über eines der besten Verkehrssysteme der Welt. Unsere Städte sind bestens miteinander verbunden und auch die ländlichen Regionen profitieren von einer sehr guten Erschliessung durch Strasse und Schiene. Die Milchkuh-Initiative ist der egoistische Raubzug einer nimmersatten Auto- und Baulobby, welche unser exzellentes Verkehrssystem akut gefährdet. Diese Initiative ist nicht nur unfair, sie ist auch dreist und gefährlich.



NEIN

«Pro Service public» ist eine Mogelpackung

NOCH SELTEN TRUG EINE INITIATIVE EINEN TITEL, DER SO UNVERFROREN DAS GEGENTEIL DESSEN VERSPRICHT, WAS SIE GRUNDSÄTZLICH FORDERT.

Die Initiative «Pro Service public» wurde von den Konsumentenzeitschriften «K-Tipp», «Saldo», «Bon à savoir» und «Spendere meglio» entworfen. Mit einer Verfassungsänderung soll den bundesnahen Betrieben die Erwirtschaftung eines Gewinns verwehrt werden. Zudem will die Initiative Quersubventionierungen und fiskalische Interessen des Bundes unterbinden. Im Weiteren fordern die Initiantinnen und Initianten, dass die Löhne aller Stufen denjenigen der Bundesverwaltung angeglichen werden.

Die Initiantinnen und Initianten nehmen geschickt den Groll der Bevölkerung gegenüber bundesnahen Betrieben auf und gaukeln Verbesserungen vor. Doch langfristig gesehen werden die Service-public-Unternehmen mit der vorgeschlagenen Verfassungsänderung geschwächt. Bei einer Annahme der Initiative wäre die Grundversorgung bei Post, Swisscom und auch SBB ernsthaft in Gefahr.

Gewinnverbot schränkt ein

Mit den Reformprozessen der letzten Jahre (Bahnreform, PTT-Reform, RTVG) bewegen sich die bundesnahen Betriebe in einem teilliberalisierten Markt, der von rasanten technologischen, aber auch sozialen Veränderungen geprägt wird. Gerade in diesem Umfeld ist es wichtig, dass die Unternehmen mögliche Gewinne in neue Technologien oder Infrastrukturen investieren oder zu Investitionszwecken Rückstellungen tätigen können. Ein Gewinnverbot würde den dazu nötigen Handlungsspielraum massiv einschränken.



Matthias Aebischer
Nationalrat BE

Notwendige Quersubventionierung

Der Initiativtext lässt offen, welche Quersubventionierungen, die heute erlaubt sind, in Zukunft verboten werden sollen. Fakt ist: Die Quersubventionierung bildet die Basis der Grundversorgung. Unrentable Bahnstrecken, Poststellen oder Fernsehprogramme werden mit Geldern der rentablen Einheiten finanziert.

Lieber höhere Steuern?

Die Post hat dem Bund und den Kantonen im letzten Jahr rund 300 Millionen Franken, die Swisscom rund 900 Millionen Franken abgeliefert. Fallen diese Beträge aus, wie im Initiativtext vorgesehen, resultiert für Bund und Kantone ein Fehlbetrag, der nur durch eine Steuererhöhung wettgemacht werden kann.

Einzig und allein die Forderung nach fairen Löhnen unterstützt die SP. Verschiedene SP-Politikerinnen und -Politiker haben deshalb auch Vorstösse eingereicht, welche eine Lohnspanne in den bundesnahen Betrieben ähnlich der 1:12-Initiative oder eine allgemeine Reduktion der Topsaläre im Fokus haben.



NEIN

INITIATIVE FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

ZU GROSSE RISIKEN

Die Initiative wirft interessante Fragen rund um die Bedeutung der Arbeit und die Ausgestaltung des Schweizer Sozialsystems auf. Die sehr offene Formulierung des Initiativtextes birgt jedoch immense Risiken.

Im Zentrum unserer politischen Bemühungen muss der Kampf für gute Arbeitsbedingungen für alle stehen: für faire Löhne, den Erhalt von Arbeitsplätzen, den Schutz der älteren Arbeitnehmenden vor Kündigung, eine soziale Absicherung gegen Arbeitsrisiken oder Lohnausfall und auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und

Beruf. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte all dies in Frage stellen. Das Ziel ist, dass möglichst alle Menschen am Arbeitsmarkt partizipieren können – und nicht, dass sich möglichst viele daraus verabschieden können. Die sehr offene Formulierung des Initiativtextes birgt überdies immense Risiken: Das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens fasziniert nämlich nicht nur jene, die allen Menschen ihre Selbstverwirklichung zugestehen möchten, sondern auch viele, die mit einem möglichst tiefen Grundeinkommen Sozialabbau betreiben wollen. Der Initiativtext lässt absolut offen, wie das bedingungslose Grundeinkommen ausgestaltet werden soll – ganz zu schweigen von der Finanzierung.

FORTPFLANZUNGSMEDIZINGESETZ

PERSÖNLICHER ENTSCHEID

STIMM-FREIGABE

Mit der Änderung des Fortpflanzungsmedizinengesetzes soll die Präimplantationsdiagnostik (PID) zugelassen werden: Durch künstliche Befruchtung erzeugte Embryonen sollen unter bestimmten Voraussetzungen genetisch untersucht werden dürfen. Bei dieser Abstimmung geht es weniger um eine parteipolitische Frage als vielmehr um einen persönlichen Entscheid, den jede und jeder gemäss der eigenen Überzeugung fällen soll. Die SP hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

In der Europapolitik vorausdenken

DIE EUROPAPOLITISCHE DEBATTE MUSS ÜBER DIE UMSETZUNG DER MASSENEINWANDERUNGSINITIATIVE HINAUSGEHEN. DAFÜR BRAUCHT ES NEBEN DER LANGFRISTIGEN VISION DES EU-VOLLBEITRITTS EINEN KONSTRUKTIVEN ZWISCHENSCHRITT.

Die SVP hat die Schweiz mit ihrer Masseneinwanderungsinitiative (MEI) in eine unmögliche Situation gebracht. Die europapolitische Debatte ist zunehmend blockiert und wird immer unübersichtlicher. Seit über zwei Jahren üben sich Chefunterhändler, Bundesrat und Parteien in der Quadratur des Kreises: Wie die Zuwanderung eigenständig steuern, ohne die für uns so wichtige Beziehung mit der EU zu gefährden? Die Lüge, mit der die SVP ihre Initiative serviert hat, ist augenscheinlich, der Schaden für Bevölkerung und Wirtschaft immens. Dies alles zu einer Zeit, in der sich die Schweiz hätte Gedanken über die Zukunft der bilateralen Verträge machen müssen. Um Letzteres kommen wir trotzdem nicht herum, die Bedingungen sind nun aber erschwert.

Steuerung über innere Reformen

Die SP hat rasch reagiert und zur Umsetzung des Artikels 121a BV eigene Umsetzungsvorschläge eingebracht. Die einfache, europakompatible und sowieso längst überfällige Lösung: innere Reformen! Kontingente sind bürokratisch und ungerecht. Besser steuern wir die Zuwanderung, indem wir unsere Löhne schützen, unsere Jobs erhalten und Leute, die schon in der Schweiz sind, besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Letzteres bedingt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einen stärkeren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende.

Konkrete Schritte Richtung Europa

Im Vergleich zu den anderen Parteien schauen wir jedoch über die Um-

Die «Roadmap Europa» ist abrufbar unter www.spschweiz.ch/roadmap

setzung von Art. 121a hinaus. Denn wir sind die Partei, die dafür sorgt, dass unsere Beziehungen mit den europäischen Staaten und der EU auch langfristig auf stabilem Grund stehen. Wir wissen, dass gute Beziehungen mit Europa gut sind für unser Land. Sie haben uns Frieden, Wohlstand und kulturelle Vielfalt gebracht. Wir sehen uns deshalb in der Pflicht, weitere Schritte vorzuschlagen, welche uns näher zu Europa bringen – konkrete und realisierbare Schritte. Das heisst nicht, dass wir vom langfristigen Ziel eines Vollbeitritts abrücken. Aber es braucht einen konstruktiven Zwischenschritt zwischen den Niederungen der MEI-Umsetzung und der Vision eines EU-Vollbeitritts.

Die Roadmap Europa

In dieser Logik ist die «Roadmap Europa» entstanden, welche von den Delegierten in La Chaux-de-Fonds diskutiert und verabschiedet wurde. Das Thema Europapolitik stiess auf grosses Interesse und in den für Fraktion und Parteileitung wichtigen Fragen der nächsten Monate folgten die Delegierten den Vorschlägen. Dies sind namentlich die Umsetzung von Art. 121a sowie die

Position zu einem institutionellen Rahmenabkommen. Die Geschäftsleitung will jedoch nicht zu viel Energie für ein institutionelles Rahmenabkommen aufwenden, welches bittere Pillen beinhaltet und die Beziehung Schweiz–EU in einer komplizierten bilateralen Logik mit 120 Einzelabkommen belässt.

Diskussion zu EWR 2.0 am Parteitag

Der EU-Vollbeitrag liegt wie gesagt in weiter Ferne. Aus diesem Grund wurde das Konzept EWR 2.0 vorgeschlagen. Er ist ein weiterer und vor allem realisierbarer Schritt, der es der Schweiz erlauben würde, mehr Mitsprache auszuüben und uns zusammen mit anderen Staaten in ein bestehendes multilaterales Gebilde einzufügen. Ganz einfach in der Logik einer engeren, gegenseitigen und stabilen Beziehung mit der EU. Die Diskussion dieses Zwischenschritts wurde von den Delegierten auf den Parteitag im Dezember 2016 verschoben. Wir freuen uns auf die kommenden Diskussionen und sind überzeugt, dass es die Aufgabe der SP ist, Vorschläge für eine gute und stabile Beziehung mit Europa einzubringen.

Flavia Wasserfallen ist Co-Generalsekretärin

GRATULATION

Die Delegiertenversammlung ohne den eigenen Präsidenten starten?! Das kann nur einer Partei passieren, deren Präsident auch die unpopuläre Arbeit auf kommunaler Ebene nicht scheut – sondern sogar aktiv sucht. Wie den Medien zu entnehmen war, kandidierte Christian Levrat für das Gemeindeparlament des 2200-Seelen-Dorfs Vuadens (FR) und machte prompt das zweitbeste Resultat. Wir gratulieren an dieser Stelle herzlich und haben vollstes Verständnis dafür, dass Christian wegen seiner Vereidigung als Gemeindeparlamentarier die Eröffnung der DV verpasste. Und natürlich wünschen wir auch für dieses politische Amt viel Spass und Erfolg.

PLAUSCH- FUSSBALLTURNIER

Sonntag, 5. Juni 2016, Bifang Olten



- Mannschaften mit 6 Spieler/innen
- Gespielt wird auf kleinem Feld
- Der Plausch steht an erster Stelle
- weitere Infos folgen
- Anmeldungen an: urs.huber@sev-online.ch



Sozialdemokratische Partei der Stadt Olten und der Amtei Olten Gösgen 

 **Hausverein**
SCHWEIZ

Für umweltbewusste
und faire
EigentümerInnen

Die Alternative zum Hauseigen- tümerverband

**Jetzt
beitreten**

www.hausverein.ch

031 311 50 55



MOVENDO
Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften www.movendo.ch

Generation 50plus: Mehr Schutz und Perspektiven

Freitag, 1. Juli 2016, 9 bis 16.30 Uhr, NH Hotel, Freiburg

Eine Tagung in Zusammenarbeit mit dem SGB über die wirtschaftliche und soziale Situation älterer Arbeitnehmender.

Programm und Anmeldung: www.movendo.ch



Parteitag: Die Zukunft der Sozialversicherungen

Wenn es um die Zukunft der Sozialversicherungen geht, werden von rechts immer wieder Angstscenarien heraufbeschworen. Von einer «Überalterung» der Bevölkerung ist die Rede, von einer Finanzierungslücke, von zu hohen Sozialabgaben usw. Die funktionierende AHV mit ihrem effizienten Umlageverfahren wird schlecht geredet, über die Systemprobleme bei den Pensionskassen wird hinweggesehen – ganz zu schweigen von der Steuersparhilfe durch die 3. Säule.

Bisher konnte sich die Linke recht gut gegen den Rentenabbau wehren. Denn die Angriffe auf das solidarische Sozialsystem sind oft allzu durchsichtig. Trotzdem müssen auch wir uns immer wieder mit der Sicherung der Altersvorsorge auseinandersetzen und die Diskussion über neue Modelle und Möglichkeiten führen.

So belebt auch die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen, über die wir am 5. Juni abstimmen, die Debatte über die Ausgestaltung unseres Sozialstaates. Die Meinungen dazu gehen auch inner-

halb der Linken auseinander. Die SP Schweiz und die SP Basel-Stadt haben die Nein-Parole beschlossen, die SP Baselland nach einem Patt die Stimmfreigabe. Eines ist klar: Die Diskussionen über die Zukunft der sozialen Sicherheit müssen nach dem 5. Juni weitergehen. Deshalb führen die SP Basel-Stadt und Baselland einen gemeinsamen Themen-Parteitag durch.

Die soziale Sicherheit ist das Kerngeschäft der SP. In keinem anderen Bereich vertrauen die Menschen so stark auf unsere Kompetenz wie hier. Doch darauf können wir nicht ausruhen. Das tun wir auch nicht. Deshalb möchten wir alle Mitglieder der SP Basel-Stadt und Baselland einladen, am Parteitag vom 11. Juni im Rialto zur Zukunft der Sozialversicherungen teilzunehmen. Wir werden dort das Konzept «Altersvorsorge 2020» des Bundesrates diskutieren. Daneben werden wir uns aber auch mit einer Weiterentwicklung der Idee eines Grundeinkommens und einer allgemeinen Erwerbsversicherung auseinandersetzen und die Altersvorsor-

ge aus der Sicht der Care-Ökonomie betrachten.

Wir freuen uns auf eine starke Teilnahme und auf spannende Diskussionen.

Brigitte Hollinger und Adil Koller

PROGRAMM

Samstag, 11. Juni 2016, Rialto Basel

9.30 Begrüssung

9.45 **3 Säulen und viele Herausforderungen**
Einführung durch Doris Bianchi,
stv. Sekretariatsleiterin SGB

10.15 **Das Konzept des Bundes: «Altersvorsorge 2020»**
Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen
Stellungnahmen von Nationalrätin Silvia Schenker und Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer

11.30 **Alternative Ansätze**
Das Mosaik-BGE. Beat Ringger, Sekretär Denknetz
Altersvorsorge aus der Sicht einer Care-Ökonomie
Therese Wüthrich, Ökonomin, Bern

Anschliessend Mittagessen (fakultativ)

Anmeldung bis Montag, 30. Mai (auch fürs Essen!) an:
SP BS: sekretariat@sp-bs.ch, Postfach, 4005 Basel
SP BL: info@sp-bl.ch, Postfach 86, 4410 Liestal

VOLKSINITIATIVE FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN – ABSTIMMUNG VOM 5. JUNI 2016

Utopie oder Dystopie?

Am 5. Juni entscheidet die Stimmbevölkerung über die Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» (BGE). Der Vorschlag ist, einen Teil des Einkommens, den man unbedingt zum Leben braucht, allen bedingungslos zu gewähren. Die Befürworter prognostizieren für die Zukunft dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt; das Grundeinkommen sei aufgrund des technologischen Fortschritts eine humanistische Antwort auf diese Veränderungen. Die Gegner sehen ein finanzielles Fiasko auf die Schweiz zukommen, eine Masseneinwanderung aus der ganzen Welt – und die grundlegenden Prinzipien unseres Rechtsstaates seien in Gefahr. Auch innerhalb der SP gehen die Meinungen auseinander, aber immerhin, die grundlegende Debatte dazu, finden innerhalb der SP alle gut. Andi Gross, alt Nationalrat und Berufsdemokrat, ist ein Verfechter der Initiative und sieht das BGE als einen Baustein für eine andere und humanere Ordnung der Gesellschaft. Markus Baumann, Kantonsrat und Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Solothurn, glaubt die Sozialwerke in Gefahr und somit die wichtigsten Errungenschaften der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Niklaus Wepfer



10 THESEN FÜR DAS «BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN» – EIN



1. Die Einrichtung eines Grundeinkommens (GE) wäre für viele eine ungeheure Befreiung: Sie würden von der Existenzangst befreit und wären nicht mehr erpressbar; sie könnten ihre Arbeit wählen und müssten nicht mehr alles an- und hinnehmen.

2. Viele fänden die Zeit, sich zu engagieren und zu handeln; sie könnten sich um ihre Kinder, Eltern und Freunde endlich so kümmern, wie sie sich dies immer erhofft haben. Diejenigen, die dies heute schon tun, bekämen endlich auch die für sie notwendige materielle Entschädigung.

3. Mit der Befreiung von der Angst und der Ermächtigung der Lohnarbeitenden schwächt das GE Grundlagen des Kapitalismus. Gemäss ihrem Programm strebt die SPS die Überwindung des

Kapitalismus an. Damit illustriert sie ihren Willen, eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, die den Menschen eine andere, humanere Beziehung zueinander ermöglicht (Soziale Freiheit). Das BGE wäre ein Baustein für eine solche andere, humanere Ordnung der Gesellschaft.

4. Ein entscheidender Baustein für eine bessere Alternative ist der Wegfall der Angst des Einzelnen, von der der Kapitalismus lebt. Angst vor dem Verlust der Existenzgrundlage, Angst vor dem

anderen Menschen, der im Kapitalismus zum Konkurrenten um die knappe Lohnarbeit geworden ist. Die Befreiung von dieser Angst ist die grösste Leistung des GE und sein Beitrag zur Demokratisierung der Demokratie. Wer Angst haben muss, kann kein mutiger Demokrat werden.

5. In dieser Befreiung von der Angst liegt auch die entscheidende Wende im Verhältnis des Menschen zur Arbeit. Das GE wertet die Arbeit auf, indem es den Menschen in die Lage versetzt,

Die Initiative stösst eine wichtige Diskussion an – mehr nicht!



Ich gestehe ein, dass die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens interessant ist und als Denkanstoss für künftige Gesellschaftsmodelle eine wichtige Rolle einnimmt. Denn eines ist klar, wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, wie wir allen, die in unserem Land leben, ein Leben in Würde ermöglichen. Dennoch bin ich überzeugt, dass die vorliegende Initiative viele – zu viele – Fragen offen lässt oder anders gesagt, nicht zu Ende gedacht ist. Sie lässt ja sowohl die Höhe des Grundeinkommens als auch die Finanzierung im Initiativtext völlig offen.

Die Frage nach dem Wert der Arbeit

Fakt ist, dass sich unsere Gesellschaft sehr stark über die Arbeit identifiziert. Dabei scheint es weniger wichtig, ob es sich um Erwerbsarbeit oder unbezahlte Arbeit handelt. Deshalb ist es mir wichtig, dass man sich in dieser Diskussion über den Wert der Arbeit unterhält. Die Gewerkschaften fordern für die Erwerbsarbeit ei-

nen Mindestlohn, welcher existenzsichernd ist. Zudem müsste man sich über den Wert der unbezahlten Arbeit unterhalten. Es geht also um die Wertschätzung der Arbeit.

Ungerecht und gefährlich

Vom bedingungslosen Grundeinkommen würde jede in der Schweiz lebende Person profitieren, ungeachtet ihres Einkommens und ihres Vermögens. Unbeantwortet bleibt die Frage, was geschieht, wenn Menschen aus den umliegenden Ländern in die Schweiz einreisen um vom Grundeinkommen zu profitieren. Wer Armut bekämpfen will, wird in dieser Vorlage keine gerechte Lösung finden, denn die Mittellosen erhalten zu wenig und die Reichen erhalten zusätzlich zu ihrem Besitz. Die Initianten gehen von 2500 Franken für Erwachsene und 625 Franken für Kinder aus. Es ist davon auszugehen, dass diese Beträge in den Umsetzungsdebatten massiv gekürzt, demgegenüber aber die bestehenden Sozialwerke, wie AHV, IV, Ergänzungsleistung und Arbeitslosenversicherung, ausgehöhlt würden, weil das Grundeinkommen diese ersetzt.

Finanzierung bleibt offen

In der Frage der Finanzierung sind sich die Initianten uneinig. Wäh-

rend die einen von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie der Umlenkung von Sozialleistungen und Subventionen überzeugt sind, ist Oswald Sigg von der Einführung einer Mikrosteuer von 0,05 Prozent auf dem Gesamtzahlungsverkehr – nach dem Prinzip, wer mehr Geld bewegt, bezahlt mehr – überzeugt. Aber egal, welche Variante uns sympathischer ist, die Initianten überlassen auch dieses Thema dem Gesetzgeber. In der aktuellen politischen Konstellation ist davon auszugehen, dass weder der eine noch der andere Vorschlag mehrheitsfähig ist.

Zusammenfassend bildet die Initiative einen guten und wichtigen Ansatz für die grossen Fragen der Gesellschaftspolitik in der Zukunft. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir dem Produktivitätsfortschritt sowie der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft begegnen. Wie wir die Integration von eingeschränkt leistungsfähigen Menschen schaffen, wie wir die über 50-Jährigen in der Arbeitswelt schützen können und wie wir die unbezahlte Arbeit aufwerten und abgelenken wollen.

Die vorliegende Initiative eignet sich dafür nicht und ist auch nicht mehrheitsfähig.

Markus Baumann

6 CHANCE FÜR DIE ARBEIT UND DIE ARBEITENDEN

nicht einfach alle Lohnarbeit annehmen zu müssen, sondern ihm die Souveränität verschafft, jene Arbeit zu finden, die ihn wirklich erfüllt und über den Lohn hinaus bereichert.

6. Das GE ist als konkrete Utopie so alt wie der Begriff der Utopie selber (Thomas Morus, 1515). Neu ist, dass die ebenso alte Utopie, alle Menschen in gute Arbeit zu bringen, zur grösseren Utopie geworden ist als das BGE (heute gibt es in der EU 30 Millionen Erwerbsarbeitslose).

7. Das GE bedeutet auch Aufwertung all der notwendigen Arbeit (Betreuung, Erziehung, Unterstützung, Pflege, Begleitung), die bisher keinen Lohn mit sich brachte, aber täglich von vielen, vor allem Frauen, geleistet wird. Künftig würde freiwillig und gerne mehr davon geleistet.

8. Auf Grund der Digitalisierung und Robotisierung der Produktionsprozesse wird die Lohnarbeit in Zukunft immer knapper. Nur sehr gut qualifizierte Menschen werden sie leisten können. Die an-

deren werden weniger und nur schlecht entlohnte Arbeit leisten müssen. Deshalb müssen wir die existenzielle Grundsicherung des Einzelnen von der Lohnarbeitsleistung lösen. Genau dies will das GE.

9. Die Finanzierung des BGE (Kosten heute bei 2500 Franken pro erwachsener Person etwa 200 Milliarden Franken) muss solidarisch sein; das wäre durch eine neue automatische Mikrosteuer auf dem Gesamtzahlungsverkehr möglich. Der digitale Zahlungsverkehr ist heute 300 Mal grösser als

das BSP, 90 Prozent davon erfolgt durch den Hochfrequenzhandel. Ein bis zwei Promille reichen aus. Solidarisch wäre dies: Wer mehr Geld bewegt, zahlt ein ganz kleines bisschen mehr als die anderen.

10. Diese Volksinitiative gehört zu jenen, die keine Mehrheit gewinnen können, aber ein starkes Ergebnis brauchen. Denn ein solches stärkt die Interessen der Lohnabhängigen und deren Stellung in den künftigen sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. *Andi Gross*



Für faire Unternehmenssteuern

NUN IST ES DEFINITIV: AM 25. SEPTEMBER WIRD ÜBER UNSERE INITIATIVE «FÜR FAIRE UNTERNEHMENSSTEUERN» ABGESTIMMT. DIE VORBEREITUNGEN FÜR DIE KAMPAGNE LAUFEN IN DER PARTEILEITUNG UND DEM KOMITEE AUF HOCHTOUREN.

Ein Ja zur Initiative und damit zu einer sehr moderaten Erhöhung des Gewinnsteuersatzes um 0.75 % (heute 1,5 %, mit der Initiative 2,25 %) ist dringend notwendig. Momentan schnürt der Kanton mit dem 330 Mio. Franken schweren «Konsolidierungsprogramm 2017» das grösste Abbaupaket, das Luzern je gesehen hat. Wenn wir nicht bald die Wende auf der Einnahmenseite schaffen, wird der Leistungsabbau ungebremst weitergehen. Was soll ein Kanton noch sparen, der bereits Zwangsschulferien beschlossen hat, weil das Geld nicht mehr reicht? Wir

müssen uns auf Abbau beim Personal, weitere Streichungen bei der Prämienverbilligung, der Bildung und den sozialen Institutionen gefasst machen. Ebenfalls droht eine weitere Erhöhung des Steuerfusses: Wir alle sollen also die Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen bezahlen?!

Der finanzpolitische Schlamassel zeigt ganz klar: die Steuerstrategie ist gescheitert. Die Halbierung der Unternehmenssteuern ist bei Weitem nicht kompensiert und setzt auch viele Gemeinden stark unter Druck. Die Bürgerlichen wollen der Bevölkerung weismachen, dass es nun eben halt ein bisschen mehr Geduld brauche und die vielen Firmen dann schon noch kommen werden ...

Wir haben keine Geduld mehr. Die Geschäftsleitung hat beschlossen, die Initiative für faire Unternehmenssteuern zu unserem diesjährigen Kampagnen-Schwerpunkt



Priska Lorenz, Vizepräsidentin SP Kanton Luzern

zu machen und dafür auch etwas mehr Geld als üblich einzusetzen. Wir setzen in dieser Kampagne aber auch stark auf euch, liebe Genossinnen und Genossen, und möchten beispielsweise (ähnlich wie bei den Wahlen) im ganzen Kanton Plakate stellen. Zudem wird es weitere Möglichkeiten geben, sich zu engagieren. Schon jetzt kann man dem Komitee beitreten und so auf dem Laufenden bleiben: www.faire-unternehmenssteuern.ch. Vielen Dank schon jetzt für euren Einsatz!

«Wenn wir nicht bald die Wende auf der Einnahmenseite schaffen, wird der Leistungsabbau ungebremst weitergehen.»»

Welches Zukunftsmodell?

DIE REAKTION DER SCHWEIZ AUF DIE AUFHEBUNG DER FRANKENUNTERGRENZE ZUM EURO ZEIGT, WIE SEHR SIE EINEM ÜBERHOLTEN WIRTSCHAFTSMODELL ANHÄNGT.

Die Aufhebung des Franken-Mindestkurses durch die Nationalbank hat unmittelbar vor Augen geführt, dass die traditionelle Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik, wo die Notenbank allein für die Inflationsrate zuständig ist und die übrige Wirtschaftspolitik für alle anderen Ziele, nicht zu halten ist. Mit ihrem Entscheid hat die Notenbank die Beschäftigungssituation massiv verschlechtert, ohne dass das von der Inflationsrate her gerechtfertigt gewesen wäre.

Ob eine Notenbank ihre Unabhängigkeit in Sachen Inflationsbekämpfung dafür verwenden darf, ihre Bilanzsumme trotz einer akuten deflationären Gefahr in gewissen Grenzen zu halten, ist eine vollkommen offene Frage. Die Antwort darauf ist abhängig von der Interpretation der Bilanz und der Bedeutung, die man der Bilanzsumme respektive der mit ihr verbundenen Zentralbankgeldmenge zumisst.

Abstimmung unabdingbar

Um wirklich angemessene Entscheide fällen zu können, muss sich die Geldpolitik täglich neu ein Bild der gesamten wirtschaftlichen Lage machen und sich in einem unaufhebbaren Zusammenhang mit den übrigen Akteuren der Wirtschaftspolitik verstehen. Ohne Kooperation kann keiner der Akteure sachgemäss entscheiden. Schaltet etwa die Finanzpolitik auf Expansion, um die Konjunktur anzuregen, sollte sie ihr



Heiner Flassbeck war von 2003 bis 2013 Chefökonom der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD).

konjunkturelles Bild mit der Notenbank abstimmen.

Auch am Arbeitsmarkt funktionieren die bisher dominierenden, aus der Mikroökonomie abgeleiteten Modelle über eine autonome Entscheidung des «Marktes» oder der «Sozialpartner» nicht mehr. Das ist besonders in einer Situation unbestreitbar, in der es zu einer starken Aufwertung gekommen ist. Die Unternehmen reagieren aus ihrem mikroökonomischen Kalkül heraus nämlich genau falsch. Sie versuchen, als Antwort auf die Aufwertung, die Löhne zu senken. Diese Reaktion der Unternehmen hinsichtlich der Löhne liegt zwar einzelwirtschaftlich nahe, geht gesamtwirtschaftlich aber in die vollkommen falsche Richtung und muss daher vom Staat korrigiert werden.

Aktive Lohnpolitik

Die negativen Wirkungen der sinkenden Exporterlöse auf das BIP kann man nur durch steigende binnenwirtschaftliche Nachfrage ausgleichen. Die aber gibt es nicht bei sinkenden Löhnen oder nur dann, wenn der Staat bereit wäre, mit einem gewaltigen Konjunkturprogramm beides auszugleichen. Das politisch umzusetzen, dürfte nicht nur in der Schweiz unmöglich sein.

Aktive Lohnpolitik darf gerade jetzt in der Schweiz kein Tabu sein. Nur eine Absprache zwischen Staat und Sozialpartnern über die Ziele der Lohnverhandlungen im gesamt-

wirtschaftlichen Rahmen kann die Schweiz aus der Deflations- und Überschussfalle herausholen.

Auch eine aktive Investitionspolitik des Staates ist unter den neuen aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen unabdingbar. Die Verringerung der aussenwirtschaftlichen Überschüsse verändert die Situation hinsichtlich der Frage der Staatsverschuldung fundamental. Der Staat kann nicht darauf setzen, dass die Sparversuche der Privaten über den Markt ohne gewaltige Friktionen geregelt werden. Das heisst, der Staat muss entweder dafür sorgen, dass die Unternehmen sich verschulden und investieren, oder er muss das selbst in die Hand nehmen.

Das neue aussenwirtschaftliche Regime der Schweiz zeigt einmal mehr: Es gibt in der globalisierten Wirtschaft keine Autonomie, ausser man wählt vollständige Autarkie. Daraus ergibt sich auch für die Schweiz die Notwendigkeit, ernsthaft und offen darüber zu diskutieren, ob und wie man sich in eine währungspolitische Zusammenarbeit auf globaler und auf europäischer Ebene einbringen kann.

Der Text nimmt den Grundgedanken der Studie zu einem alternativen Wirtschaftsmodell für die Schweiz auf, die Heiner Flassbeck im Auftrag der SP Schweiz erstellt hat. Die Studie selber, aber auch über die Studie hinausgehende Fragen zu den Grenzen des kapitalistischen Wachstumsmodells und zu möglichen Alternativen werden am 20. Mai im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe «Die Fraktion lädt ein» diskutiert (siehe Inserat).



MIT WELCHEM WIRTSCHAFTSMODELL IN DIE ZUKUNFT?

Eine öffentliche Veranstaltung der SP-Bundeshausfraktion

20. Mai 2016, 19–21 Uhr (anschliessend Apéro), Kulturzentrum Progr (Aula), Waisenhausplatz 30, Bern, Eintritt frei

Darüber diskutieren – unter der Leitung von **Mattea Meyer** (Nationalrätin SP, ZH) – **Heiner Flassbeck** (ehem. Chefökonom der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung), **Mathias Binswanger** (Professor für Volkswirtschaftslehre Fachhochschule Nordwestschweiz), **Susanne Leutenegger Oberholzer** (Nationalrätin SP, BL) und **Cédric Wermuth** (Nationalrat SP, AG).



Mauricio Macri im Wahlkampf: Wären die Panama-Papers noch vor den Präsidentschaftswahlen im November 2015 öffentlich gemacht worden, wäre aus seinem knappen Sieg wohl nichts geworden.

Panama-Tan

ARGENTINIENS NEUER PRÄSIDENT MAURICIO MACRI EIFERT DEN PUTINS UND POROSCHENKOS NICHT NUR BEI OFFSHORE-GESCHÄFTEN NACH. AUCH GLEICHSCHALTUNG DER PRESSE UND EINSCHRÄNKUNGEN VON BÜRGERRECHTEN SIND SEIT ANTRITT DER RECHTSREGIERUNG AN DER TAGESORDNUNG.

Eigentlich hatte das «Internationale Netzwerk investigativer Journalisten» (ICIJ) zur Auswertung der «Panama Papers» aus Argentinien eigens zwei Vertreter der rechtslastigen Blätter «Clarín» und «La Nación» ins Boot geholt, um Macris streitbarer Vorgängerin Cristina Kirchner endlich handfeste Korruption nachweisen zu können – jahrelange Kampagnen in Presse und TV waren zuvor allesamt im Sande verlaufen. Doch diesmal kam es noch schlimmer: «Wir konnten nicht verbergen, dass Macri beteiligt war», entschuldigte sich Mariel Fitz Patrick, die für «Clarín» an den Untersuchungen teilnahm und seit dem Wahlsieg der Rechten die Nachrichtenredaktion des staatlichen TV-Kanals leitet, dafür, dass man statt Kirchner nun Macri auf die Schliche gekommen war. «La Nación» relativierte die (bis dato) vier Briefkastenfirma der Gruppe Macri mit dem



Jens Andermann ist Professor für Lateinamerika-Studien an der Universität Zürich und Herausgeber des Journal of Latin American Cultural Studies.

Hinweis, es sei ja schliesslich nicht strafbar, Geldanlagen im Ausland zu besitzen. Der Satz wurde prompt von Laura Alonso, Macris Parteifreundin und Chefin der Anti-Korruptionsbehörde weitergetwittert mit der Ergänzung, deshalb würden auch keine Ermittlungen aufgenommen. Während die Premiers von Island und Grossbritannien nach den Enthüllungen ihrer Offshore-Geschäfte in Erklärungsnot gerieten, überzogen Macris Verbündete in Presse und Justiz lieber Kirchner mit fadenscheinigen Anklagen und Enthüllungen – orchestriert aus Macris eigenem Umfeld, dem «Clarín» und «La Nación» die Befunde der Panama-Papers bereits einen Monat vor der Veröffentlichung zugespielt hatten. Hätte das ICIJ die Papiere noch vor den Präsidentschaftswahlen im November 2015 öffentlich gemacht, wäre es mit Macris knappem Wahlsieg wohl nichts geworden.

Jeden Tag ein bisschen glücklicher
Doch das internationale Finanzestablishment zählt auf Macri, um dem Gespenst einer erfolgreichen heterodoxen Wirtschafts- und Sozialpolitik ein für allemal den Garaus zu machen. Noch bis Dezember 2015 verzeichnete Argentinien Wachstumsraten über dem lateinamerikanischen Durchschnitt; der Gini-Index (der das Ausmass sozialer Ungleichheit misst) ist unter den Regierungen Néstor und Cristina Kirchners um mehr als 10 Prozentpunkte gefallen: die beste Bilanz aller G20-Länder. Noch im Wahlkampf hatte Macri versprochen, den Peso nicht abzuwerten, keine Arbeitsplätze abzubauen und die Subventionen für Transport, Energie und Wasser nicht anzutasten. Argentinien, erklärte er, werde jeden Tag ein bisschen glücklicher werden. Kaum im Amt, stoppte Macri die Regulierung der Wechselkurse:

Gemeinde – werden politische Gegner und soziale Aktivistinnen kriminalisiert. In der Andenprovinz Jujuy – regiert von Macris Koalitionspartner UCR, einer Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale – ist die indigene Aktivistin Milagro Sala seit Januar in Untersuchungshaft wegen Teilnahme an einem Protestcamp. Obwohl Sala als Abgeordnete des Regionalparlaments Parlasur Immunität geniesst und die (noch von Kirchner eingesetzte) Bundesanwaltschaft für Opfer institutioneller Gewalt Strafanzeige gegen die beteiligten Richter gestellt hat, geht die mit Parteifreunden des Provinzgouverneurs besetzte Justiz und Polizei mit äusserster Härte gegen Salas indigene Wohnungsgenossenschaft Tupac Amaru vor: Zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten sitzen in Haft, selbst Salas Anwälte werden mit Gefängnis bedroht. Bei Demonstrationen gegen Entlassungen setzt Macris Polizei routinemässig Gummigeschosse ein; bewaffnete Anschläge auf Versammlungen der Opposition und zahlreiche Bombendrohungen gegen Menschenrechtseinrichtungen bleiben dagegen unaufgeklärt.

Alte Bekannte

Die Weltpresse applaudierte Macri für den «erfolgreichen» Schuldendeal mit internationalen Geierfonds, die argentinische Schuldtitel nach dem Wirtschaftskollaps von 2001 für Spottpreise aufgekauft hatten und seither das von 93% der Schuldner akzeptierte Umschuldungsabkommen torpedieren. Renommierete Ökonomen wie Paul Krugman und der jüngst verstorbene Aldo Ferrer warnten vor den Folgen der Auszahlung der Geierfonds: Sollten die verbleibenden Schuldner nun gleichfalls neue Rechtsansprüche anmelden, wäre Argentinien auf Jahrzehnte ruiniert. Mit der Abwicklung der Geschäfte beauftragten Wirtschaftsminister Alfonso Prat-Gay und Finanzsekretär Luis Caputo ihre einstigen Arbeitgeber JP Morgan und Deutsche Bank sowie die HSBC, bei der Prat-Gay im Auftrag der Industrie-Tycoonin Amalia Fortabat Millionen auf undeckelten Schweizer Konten versteckt hatte; auch mit von der Partei sind Santander, BBVA Citigroup und die UBS. Wen wundert es da, dass von Macris Panama-Papieren vergleichsweise wenig die Rede ist?

Siegerjustiz

Derweil herrscht im notorisch korrupten Justizapparat Aufbruchsstimmung: Während Dutzende laufender Verfahren gegen Macri auf Eis liegen – unter anderem wegen illegaler Millionenspenden im Wahlkampf, der Veruntreuung von Staatsgeldern für Geschäfts- und Parteifreunde und der Abhörung von Angehörigen der Opfer eines Terroranschlags auf die jüdische



BEZNAU STILLLEGEN – JETZT!

NATIONALE KUNDGEBUNG «MENSCHENSTROM GEGEN ATOM» AM SONNTAG, 19. JUNI

Am 19. Juni findet zum vierten Mal die nationale Kundgebung «Menschenstrom gegen Atom» statt, dieses Jahr in und um Brugg. Über zwanzig atomkritische Umwelt- und Friedensorganisationen, medizinische und kirchliche Kreise und auch die SP rufen zu dieser friedlichen, familienfreundlichen Demonstration mit Schlusskundgebung im Amphitheater in Brugg auf. Im Mittelpunkt der Forderungen steht die sofortige, definitive Ausserbetriebnahme des weltweit ältesten Atomkraftwerks in Beznau. Alle Details zu den Routen, dem Programm, der An- und Abreise finden sich auf www.menschenstrom.ch.

VOLKSABSTIMMUNG IM HERBST: JA ZUM GEORDNETEN ATOMAUSSTIEG

2016 ist ein energiepolitisch zentrales Jahr: Am 25.9. oder 27.11. gelangt die Atomausstiegs-Initiative zur Abstimmung. Sie schreibt die Ausserbetriebnahme der Reaktoren von Beznau im Jahr 2017 fest und setzt den restlichen Atomausstieg durch die Festsetzung maximaler Laufzeiten von 45 Jahren in geordneter Art und Weise bis 2029 um.

go

Für ein progressives Europa

DIE SP SCHWEIZ WILL MITGLIED DER SP EUROPA WERDEN. EINE KONFERENZ BIETET GELEGENHEIT, MIT PERSÖNLICHKEITEN DER SP EUROPA ÜBER PROGRESSIVE PERSPEKTIVEN IN DER GESAMTEUROPÄISCHEN MIGRATIONS POLITIK ZU DISKUTIEREN.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) umfasst 32 sozialdemokratische und sozialistische Parteien sowie Arbeiterparteien aus der EU und aus Norwegen. Weitere Parteien aus dem übrigen Europa und der Türkei sind bei der SPE assoziiert, darunter die SP Schweiz. Wiederholt war die SPE im Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat stärkste politische Kraft. Diesen Phasen verdankt die EU ihre sozialen Errungenschaften.

Seit rund fünfzehn Jahren ist die EU aber fest in der Hand der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP). Umso wichtiger ist die SP Europa als bedeutendste progressive Gegenkraft zu den bekannten neoliberalen Mythen der EVP: für massive Investitionen in den Service public und in ein nachhaltiges, gerechtes Wachstum statt Austerität; ein gerechtes Steuersystem im Dienste

aller statt Steuerschlupflöchern für die Reichen; faire Löhne, Innovation und Produktivität statt Lohndruck; Transparenz, Verantwortung und Unterordnung von Wirtschaft und Finanzsektor unter die Bedürfnisse der Menschen statt Deregulierung.

Progressive Kräfte stärken

Für die Geschäftsleitung der SP ist klar: Es gibt keine soziale Schweiz ohne ein soziales Europa. Wir haben alles Interesse, die progressiven Kräfte in Europa zu stärken, die EU aktiv mitzugestalten und das Ruder herumzureissen. Entsprechend wirkte die SP bereits 2014 am Wahlkampf der SP Europa zum Europäischen Parlament mit und trug dazu bei, jene 23,5 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung zu mobilisieren, die eine Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats haben und so in der EU wahlberechtigt sind.

Es gibt keine soziale Schweiz ohne ein soziales Europa.

Vollmitgliedschaft für die SP

Die Delegiertenversammlung vom 16. April in La Chaux-de-Fonds hat beschlossen, die Vollmitgliedschaft der SP Schweiz in der SP Europa anzustreben. Damit wird der Einfluss der SP Schweiz verbessert, um bei der Lancierung von Europäischen Bürgerinitiativen und Kampagnen mitzuwirken. Erfolgreiche Kampagnen der SP Europa waren jene für eine Finanztransaktionssteuer und für eine Job- und Weiterbildungsgarantie für die europäische Jugend. Aktuell plant die SP Europa zusammen mit Gewerkschaften und NGO eine Kampagne für Beschäftigung, Bildung und garantierte Kinderrechte als progressive Antwort auf die Austeritätspolitik der konservativen Mehrheit in der EU.

Peter Hug ist Internationaler Sekretär und Politischer Fachsekretär für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) präsentiert: Internationale Konferenz

MEHR UND EINE BESSERE EU: FÜR EINE GESAMTEUROPÄISCHE MIGRATIONS POLITIK

Samstag, 21. Mai 2016, 10.15 bis 16.30 Uhr, PROGR, Waisenhausplatz 30, Bern

10.15 Ankunft der Teilnehmenden und Registrierung

10.45 Eröffnung der Konferenz

Christian Levrat, SP-Parteipräsident (CH); Alex Tschäppät, Stadtpräsident Bern (CH); Marije Laffebber, stellvertretende Generalsekretärin SPE (NL); Michele Nicoletti, SPE-Fraktionspräsident, Parlamentarische Versammlung Europarat (IT)

11.00 Einführende Referate: Herausforderungen der Flüchtlingskrise und Migrationspolitik in Europa

Carina Ohlsson, Ko-Vorsitzende SPE Netzwerk für Migration und Integration (SE); Birgit Sippel, Mitglied Europäisches Parlament, Sprecherin S&D-Fraktion für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (DE)

11.30 – 14.30 Workshops (mit Lunch-Pause während des Workshops):

Workshop 1

Wie die europäische Aussengrenze gestalten?

Diskussion über die äussere Dimension der Flüchtlingskrise

Leitung: Cecile Kyenge, Europäisches Parlament (IT); Cesla Amarelle, Nationalrätin SP (CH)

Simultanübersetzung D und F

Workshop 2

Europäische Solidarität in Praxis

Europäische Antworten auf die Flüchtlingskrise. Alle offenen Fragen angehen

Leitung: Birgit Sippel, Europäisches Parlament (DE); Carina Ohlsson, Mitglied Reichstag (SE); Tim Guldemann, Nationalrat SP (CH)

Simultanübersetzung D und F

Workshop 3

Vorteile der Integration für Flüchtlinge und MigrantInnen

Erfolgsmodelle in Willkommens- und Integrationspolitiken für Flüchtlinge

Leitung: Omar Al-Rawi, Abgeordneter Wiener Gemeinderat (AT), Peter Bossman, Bürgermeister von Piran (SI); Isabel Bartal, Kantonsrätin Zürich (CH)

Simultanübersetzung D und F

15.00 – 16.00 Schlusspodium – Wege aus der europäischen Flüchtlingskrise

Tim Guldemann, Nationalrat (SP Schweiz), Leitung; Cesla Amarelle, Nationalrätin SP (CH); Michele Nicoletti, SPE-Fraktionspräsident, Parlamentarische Versammlung Europarat (IT); Omar Al-Rawi, Abgeordneter Wiener Gemeinderat (AT); Cecile Kyenge, Mitglied Europäisches Parlament (IT); Birgit Sippel, Mitglied Europäisches Parlament (DE). (Simultanübersetzung in Deutsch, Französisch und Englisch)

Die Flüchtlingskrise macht die enorme wechselseitige Abhängigkeit der europäischen Staaten für alle sichtbar. Auch die Schweiz kann auf sich allein gestellt die Flüchtlingsfrage nicht beantworten. Europa kann die Flüchtlingskrise nur gemeinsam oder gar nicht lösen. Aus progressiver Sicht ist deshalb klar: Es braucht in der Migrationspolitik mehr Europa, aber auch ein besseres Europa. Die wichtigste progressive politische Kraft in der EU ist die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE). Wer im Ministerrat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament etwas bewegen will, kommt an der SPE nicht vorbei. Die SPE kann – eine breite Unterstützung durch ihre Mitgliedsparteien vorausgesetzt – in der EU sehr viel bewegen.

Umso mehr interessieren ihre Positionen. Und umso mehr wollen wir auf diese Einfluss nehmen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen teilzunehmen, sich zu informieren und aktiv mitzudiskutieren. Der Eintritt ist gratis. Für den Lunch wird ein kleiner Unkostenbeitrag verlangt. Es wird um Anmeldung gebeten an pes@spschweiz.ch





Solidarisch mit den Flüchtlingen – was heisst das?

WAS IST UNSERE ANTWORT AUF DIE FLÜCHTLINGSKRISE? – WIR WOLLEN EUROPÄISCH DENKEN, MENSCHLICH HANDELN UND DIE PROBLEME GEMEINSAM MIT DEN ANDERN PROGRESSIVEN KRÄFTEN IN EUROPA ANGEHEN.

Weltweit sind heute 60 Millionen Menschen auf der Flucht, ein Drittel von ihnen musste ihr Heimatland verlassen. Heute spielt sich die grösste Flüchtlingstragödie seit dem Zweiten Weltkrieg ab. Nur wenige dieser Menschen haben es bis nach Europa geschafft, in den letzten zwei Jahren waren es etwa anderthalb Millionen. Aber allein schon diese – im Vergleich zur globalen Völkerwanderung – geringe Zahl von Menschen hat die europäische Politik und ihre Institutionen erschüttert.

Flüchtlingskrise auf dem Mittelmeer wird sich verschärfen

Nachdem der Zustrom von Flüchtlingen auf der Balkanroute durch drastische Massnahmen eingedämmt worden ist, nimmt die Flüchtlingszahl auf dem Weg über das Mittelmeer zu. Seit Beginn dieses Jahres sind von hier über 180 000 Menschen nach Europa gekommen. Weitere Hunderttausende von Flüchtlingen, die in Nordafrika blockiert sind, hoffen auf eine Chance, es auch noch zu schaffen. Die Flüchtlingskrise auf dem Mittelmeer wird sich verschärfen. Allein im letzten Jahr hat die gefährliche Fahrt 3700 Menschen das Leben gekostet. Das Eintreten für eine menschenwürdige Aufnahme der Flüchtlinge provo-

ziert den Vorwurf, dass wir die Menschen in Afrika dazu ermuntern, von ihrem Elend ins verheissene Europa aufzubrechen. Deshalb will sich die Festung Europa noch stärker abschotten.

Im Mittelmeer lassen sich Landesgrenzen nicht leicht kontrollieren. Und mit den nordafrikanischen Staaten ist ein Rückschaffungsdeal wie jener mit der Türkei kaum machbar. Dieser Zustrom dürfte unser Land viel stärker betreffen als bisher jener auf der Balkanroute. Bern arbeitet bereits an entsprechenden Krisenszenarien.

ziert den Vorwurf, dass wir die Menschen in Afrika dazu ermuntern, von ihrem Elend ins verheissene Europa aufzubrechen. Deshalb will sich die Festung Europa noch stärker abschotten.

Im Mittelmeer lassen sich Landesgrenzen nicht leicht kontrollieren. Und mit den nordafrikanischen Staaten ist ein Rückschaffungsdeal wie jener mit der Türkei kaum machbar. Dieser Zustrom dürfte unser Land viel stärker betreffen als bisher jener auf der Balkanroute. Bern arbeitet bereits an entsprechenden Krisenszenarien.

Zivilgesellschaftliche Hilfe vs. Rechtspopulismus

Das Flüchtlingsproblem spaltet unsere Gesellschaften. Einem breiten Engagement zivilgesellschaftlicher Flüchtlingshilfe steht ein wachsender Rechtspopulismus gegenüber, der erfolgreich die Ängste der Bevölkerung mit fremdenfeindlichen Parolen bedient. Brüssel und die europäischen Regierungen setzen alles daran, den Flüchtlingsstrom auf ein innenpolitisch verkraftbares Mass zu reduzieren und gleichzeitig die Binnengrenzen der EU offen zu halten. Das heisst: Schengen retten und dafür die Kontrollen an der EU-Ausgangsgrenze ausbauen. Das verlangt auch nach einer Lösung für den in-

tereuropäischen Verteilschlüssel. Ob das alles gelingen wird, ohne dabei die Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention auszuhöheln, wenn nicht gar offen zu verletzen, ist sehr fraglich.

Recht bekommen dank politisch tragfähigen Lösungen

Was können wir tun? Für mich geht es um drei Ziele: erstens um den Respekt der Menschenrechte und der Flüchtlingskonvention, zweitens um gesamteuropäisch solidarische Lösungen und drittens um die Stärkung der gesellschaftlichen Akzeptanz, um möglichst viele Flüchtlinge retten und aufnehmen zu können. Wenn wir dabei als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten etwas erreichen wollen, geht es nicht nur darum, gesinnungsethisch Recht zu haben, sondern vor allem darum, uns verantwortungsethisch für politisch tragfähige Lösungen einzusetzen, um Recht zu bekommen. Innenpolitisch tun wir das in der gemeinsamen Front mit der bürgerlichen Mitte für die Asylgesetzabstimmung vom 5. Juni. Aussenpolitisch gilt es, die solidarische Politik unserer Bundesrätin in der Zusammenarbeit mit den progressiven Parteien der EU besser abzustützen.

Tim Guldemann ist Nationalrat ZH

Nachbarschaftshilfe mit Zeitgutschriften

DAS ANGEBOT AN UNTERSTÜTZUNG FAMILIENINTERN UND IN FORM VON NACHBARSCHAFTSHILFE NIMMT AB. GLEICHZEITIG NIMMT DAS BEDÜRFNIS DANACH AUFGRUND DER STARKEN ZUNAHME DER ÜBER 80 JÄHRIGEN UND DES BEDARFS AN UNTERSTÜTZUNG IN NOTFÄLLEN ABER ZU. DAS MODELL KISS WILL DAZU BEITRAGEN, DIESE LÜCKE ZU FÜLLEN.

Mehr Ältere, weniger Jüngere, kleinere Familien und höhere Mobilität in der Schweiz – das hat Folgen. Der Anteil der Menschen im Beschäftigungsalter nimmt ab. Derjenige der Menschen im dritten Lebensalter – zwischen Pensionsalter und etwa 75 Jahren – steigt stark. Noch stärker steigt jener der über 80-Jährigen: Bis etwa 2040 wird sich ihre Zahl praktisch verdoppeln. Die Politik betrachtet diese Veränderungen vor allem als ein Problem der Finanzierung der Sozialversicherungen. Die dahinterstehenden tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen übersieht sie dagegen sehr oft. Eine faire Gestaltung der finanziellen Seite der sozialen Sicherheit kann aber nur erreicht werden, wenn diese in eine gesamtheitliche Generationenpolitik eingebettet ist.



Ruedi Winkler
Vorstandsmitglied von KISS
mail@ruediwinkler.ch

Eine solidarische Gesellschaft baut auf erlebter Solidarität zwischen den Menschen auf.

Gelebte Solidarität als Grundlage

Eine solidarische Gesellschaft baut auf erlebter Solidarität zwischen den Menschen auf. Solidarität auf gesellschaftlicher Ebene ist nur dann nachhaltig, wenn sie ein Spiegelbild der gelebten Solidarität im Alltag ist. Das heisst, die Reform der Sozialwerke muss auch mit der Reform der gelebten Solidarität einhergehen. Sonst scheitert sie.

Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle

Der Zivilgesellschaft kommt eine entscheidende Rolle zu. Es ändert sich ja nicht nur die Altersstruktur der Gesellschaft. Die Kinderzahl ist kleiner geworden, die familieninternen Ressourcen zur Unterstützung nehmen ab. Zudem hat die räumliche Mobilität zugenommen mit der Folge, dass Kinder und Eltern weiter auseinander wohnen und Nachbarschaften weniger lang dauern. Kurz und ökonomisch trocken ausgedrückt: Das Angebot an Unterstützung familienintern und in Form von Nachbarschaftshilfe nimmt ab. Gleichzeitig nimmt die



KISS kann als vierte Vorsorgesäule gesehen werden. Sie ist eine Ergänzung der drei bestehenden Säulen des sozialen Systems und der unentgeltlichen Freiwilligenarbeit. Kern der vierten Vorsorgesäule sind die Zeitgutschriften.

Nachfrage nach dieser Unterstützung aufgrund der starken Zunahme der über 80-Jährigen und des Bedarfs an Unterstützung in Notfällen (z. B. beide Eltern arbeiten, Kind ist krank; jemand hat einen Unfall oder ist krank) zu.

Der Beitrag von KISS

Das Modell KISS will dazu beitragen, diese Lücke zu füllen. Die Leistungen von KISS beinhalten Unterstützung im Sinne der Nachbarschaftshilfe, keine medizinisch verordnete Pflege. Das Modell KISS baut auf vier Prinzipien auf:

1. Zeitgutschriften: Wer eine Stunde lang jemanden unterstützt, erhält diese Stunde gutgeschrieben und kann sie später bei Bedarf beziehen (Zeitvorsorge) oder jemandem schenken (vererben geht nicht).
2. Genossenschaften als Communities: KISS besteht zurzeit aus drei Genossenschaften in Obwalden, Luzern und Cham, in rund zwanzig Gemeinden läuft die Vorbereitung. KISS ist sehr dezentral organisiert. Genossenschaften werden in Gemeinden oder in grösseren Städten

in Quartieren gegründet. Sie sollen grundsätzlich nur so gross sein, dass sich die Mitglieder noch zusammengehörig fühlen und miteinander vertraut sind. Die konkrete Arbeit wird vor Ort von den Genossenschaften geleistet.

3. Vermittlung, Koordination und Begleitung durch bezahlte Fachpersonen: Die Vermittlung zwischen Personen, die Unterstützung benötigen, und solchen, die sie anbieten, sowie die Koordination und Begleitung erfolgen durch Fachpersonen, die von den Genossenschaften angestellt sind. In der Gestaltung der konkreten Unterstützung, deren Planung und Durchführung sind die Leistungnehmenden und -gebenden sehr selbstständig und unabhängig. Bei Problemen wenden sie sich an die Fachperson.

4. Schweizweite Verbreitung: Soll die Zeitvorsorge eine Breitenwirkung haben, muss sie möglichst flächendeckend aufgebaut sein. Dies ist im Zusammenhang mit der Mobilität in unserer Gesellschaft zentral.

AufbauSeminar für Mitglieder von Personalvertretungen D1.7.1608

9.–11.5., Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Erfahrungsaustausch und Standortbestimmung, Erfolgsfaktoren für die PV-Arbeit, Beteiligung der Mitarbeitenden, Sitzungs-gestaltung, Gesprächsführung, Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Arbeitswelt. Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Konfliktmanagement und Mediation D2.4.1631

9.–10.6., Seminarhaus Boldern, Männedorf
Konflikte diagnostizieren, persönliche Konfliktfähigkeit, Methoden und Instrumente zur Vermittlung in niederschweligen Konflikten. Referent: Oliver Martin (Organisationsberater und Mediator)

Digitalisierung der Arbeitswelt: Risiko oder Chance D1.8.1616

17.6., Unia-Zentralsekretariat, Bern
Veränderte Formen der Arbeitsorganisation, erhöhte Anforderungen an die Arbeitszeitflexibilität,

Zugang zu Qualifizierungen für die Beschäftigten, «gute Arbeit» als gewerkschaftliche Strategie. ReferentInnen: Martin Kuhlmann (Arbeits- und Industriosziologe), Regula Müller (Movendo)

Wirksame Lohnkontrollen – jetzt! D1.8.1627

20.6., Hotel Bern, Bern
Fakten zur Lohnungleichheit, Massnahmen zur Durchsetzung der Lohngleichstellung auf betrieblicher und politischer Ebene, gewerkschaftliche Strategien. Referentinnen: Regula Bühlmann (SGB), Regula Müller (Movendo)

Voten, Reden, Referate: texten und vortragen D2.4.1618

20.–21.6., Trigon Bildungszentrum, Zürich
Regeln der Rhetorik, verständliche Sprache sprechen, Aufbau einer Rede, Manuskripte vorbereiten und vortragen. Referent: Felix Mätzler (Kommunikationsberater)

Alles rund um den Lohn D2.2.1602

23.6., Hotel Bern, Bern
Rechtliche Grundlagen zu Lohn

und Lohnbestandteilen wie Lohnfortzahlung bei Ferien und Unfall, Überstunden, Überzeit, Kurzabsenzen, Feiertage, Fallbeispiele, Analyse des eigenen Arbeitsvertrags. Referentin: Janine Junker (Rechtsanwältin)

Welche Wahrheit schreibt die Zeitung? D2.1.1609

24.6., Restaurant Aarhof, Olten
Themenwahl und -gewichtung, Folgen der Medienkonzentration auf wenige grosse Verleger. Referent: Thomas Zimmermann (SGB)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, 031 370 00 70
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Wir klären die Kostenfrage ab und informieren dich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– statt Fr. 390.–; respektive Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurs-tag. Bei Simon Roth (simon.roth@spschweiz.ch) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

20. MAI
Öffentliche Veranstaltung der SP-Bundeshausfraktion Bern (s. Seite 13)

21. MAI
Konferenz der SP Europa Bern (s. Seite 16)

24. JUNI
Koordinationskonferenz Chur

25. JUNI
Delegiertenversammlung Chur

2. JULI
a.o. Mitgliederversammlung der SP Frauen Bern

2. DEZEMBER
Koordinationskonferenz Thun

3./4. DEZEMBER
Parteitag Thun

Die SP Schweiz sucht per 1. Juli 2016 bis 31. Januar 2017 eine/n

Hochschulpraktikantin/en Kommunikation

Sie unterstützen den Mediensprecher in der Medienarbeit für die Deutschschweiz. Sie helfen mit beim Verfassen und Redigieren von Communiqués und anderen Veröffentlichungen, kümmern sich um die (Mit-)Organisation von Medienkonferenzen und übernehmen einen Teil der täglichen Pressearbeit. Zudem betreuen Sie die Social-Media-Kanäle mit, pflegen den Presseverteiler und übersetzen gelegentlich Texte vom Französischen ins Deutsche.

Ihr Profil: Deutsche Muttersprache oder ausgezeichnete Deutschkenntnisse, abgeschlossenes Bachelor- oder Master-Studium, Erfahrung im Bereich der Kommunikation und im Umgang mit Medienschaffenden, ausgeprägtes Interesse an Politik, gute Kenntnisse der Medienlandschaft Schweiz, Schreibtalent/Fähigkeit, komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen, Erfahrung im Umgang mit Social Media, sehr gute Französischkenntnisse in Wort und Schrift, Fähigkeit, sich rasch in ein neues Thema einzuarbeiten.

Unser Angebot: Wir bieten eine vielseitige und interessante Tätigkeit in einem kleinen Team, ein angenehmes Arbeitsklima sowie moderne Arbeitsbedingungen mit fortschrittlichen Sozialleistungen.

Senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Foto bis am 23. Mai 2016 an: bewerbung@spschweiz.ch.

Für Auskünfte steht Ihnen Mediensprecher Michael Sorg, 031 329 69 82, zur Verfügung.



Im Hinblick auf die ausserordentliche Mitgliederversammlung vom 2. Juli 2016 sind bei der SP Frauen* zwei Stellen neu zu besetzen.

Co-Präsidentin

Sie sind bereit, sich zu engagieren, die aktuellen Herausforderungen der Gleichstellungspolitik anzugehen und die linke feministische Politik im Zentrum der Debatten zu positionieren.

Weitere Informationen: www.sp-frauen.ch

Mitglied der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der SP Frauen* Schweiz hat den Auftrag, die strategische Ausrichtung festzulegen, Kampagnen durchzuführen und Entscheide umzusetzen sowie die Beziehungen zu den Mitgliedern zu pflegen. Sie setzt sich aus dem Präsidium und zwei weiteren Frauen zusammen.

Weitere Auskünfte erteilen Cesla Amarelle (cesla.amarelle@parl.ch), Co-Präsidentin SP Frauen* Schweiz, sowie Anita Balz (anita.balz@spschweiz.ch), Zentralsekretärin der SP Frauen* Schweiz.

Die Bewerbungen sind mit kurzer Beschreibung der Motivation sowie kurzem Lebenslauf bis am 1. Juni 2016 an folgende Adresse zu schicken: anita.balz@spschweiz.ch.

Die Wahl erfolgt an der Mitgliederversammlung am Samstag, 2. Juli 2016.





FÜR GERECHTERE UND SCHNELLERE ASYLVERFAHREN

Ja zur Asylgesetzrevision
am 5. Juni 2016

SP